

Petra Bernhardt
Leila Hadj-Abdou
Karin Liebhart
Andreas Pribersky

EUropäische Bildpolitiken



facultas wuv

UTB



UTB 8379

Eine Arbeitsgemeinschaft der Verlage

Böhlau Verlag · Köln · Weimar · Wien
Verlag Barbara Budrich · Opladen · Farmington Hills
facultas.wuv · Wien
Wilhelm Fink · München
A. Francke Verlag · Tübingen und Basel
Haupt Verlag · Bern · Stuttgart · Wien
Julius Klinkhardt Verlagsbuchhandlung · Bad Heilbrunn
Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft · Stuttgart
Mohr Siebeck · Tübingen
Orell Füssli Verlag · Zürich
Ernst Reinhardt Verlag · München · Basel
Ferdinand Schöningh · Paderborn · München · Wien · Zürich
Eugen Ulmer Verlag · Stuttgart
UVK Verlagsgesellschaft · Konstanz
Vandenhoeck & Ruprecht · Göttingen
vdf Hochschulverlag AG an der ETH Zürich

Petra Bernhardt, Leila Hadj-Abdou, Karin Liebhart, Andreas Pribersky

EUropäische Bildpolitiken

Politische Bildanalyse an Beispielen der EU-Politik

Petra Bernhardt, Leila Hadj-Abdou, Karin Liebhart und Andreas Pribersky
lehren alle am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter
<http://d-nb.de> abrufbar.

© 2009 Facultas Verlags- und Buchhandels AG
facultas.wuv, Berggasse 5, 1090 Wien
Alle Rechte vorbehalten

Gestaltung & Satz: Atelier Tiefenthaler
Einband: Atelier Reichert, Stuttgart
Abbildung entnommen aus <http://www.eureferendum.sk>
Druck und Bindung: Facultas AG
Printed in Austria

ISBN 978-3-8252-8379-7

Inhalt

Vorwort	7
1 Politische Repräsentationen: Die Sichtbarkeit des Unsichtbaren	11
1.1 Iconic turn in den Politikwissenschaften?	15
1.2 Politische Kommunikation, politische Werbung und Kampagnen: Strategien zur Gewinnung öffentlicher Aufmerksamkeit	20
1.3 Von Political Campaigning zu Communicating EUrope	27
1.4 Branding	31
1.5 Visualisierungen des Politischen oder visuelle Politik? – Ansätze und Methoden der Analyse I	37
1.6 Politische Repräsentation im Feld visueller Kultur(en) – Ansätze und Methoden der Analyse II	43
1.7 Politische Repräsentation: Spuren – Elemente – <i>Vorbilder</i>	52
1.8 Auf der Spurensuche nach visuellen Traditionselementen des Europäischen	56
2 Europäische Bildpolitiken – visuelle Repräsentationen	63
2.1 Landschaft	63
2.2 Architektur	70
2.3 Bürger/innen	80
2.4 Porträt	89
2.5 Familie	96
2.6 Alltag	105
2.7 Symbolisieren	146

3	Spuren EUropäischer Bildpolitik?	153
	3.1 Visualisierungsstrategien: Repräsentationen und Projektionen	157
	3.2 Visuelle Genealogien: Ein interpretatives Netzwerk?	161
4	Literatur und Quellen	165
5	Abbildungsverzeichnis	179

*EUropäische Bildpolitiken*¹ präsentiert Ansätze zur Analyse visueller politischer Kommunikation und zeigt deren Anwendbarkeit im sozialwissenschaftlichen Bereich. In den Kultur- und Geisteswissenschaften ist der Iconic turn mittlerweile zu einem Leitbegriff geworden. Für die Sozialwissenschaften und insbesondere für die Politikwissenschaft gilt dies nicht in gleichem Maß. Der Wiederentdeckung bildwissenschaftlicher Ansätze durch die Kulturwissenschaften steht ein Mangel an Analysen der Bedeutung von Bildpolitik in der Politikwissenschaft gegenüber. Zwar herrscht Übereinstimmung darüber, dass Images und Bilder aufgrund der Rolle der elektronischen Massenmedien von zentraler Bedeutung für den Ausgang von Wahlen und den Erfolg politischer Kampagnen sind, politologische Zugänge richten den Blick bisher jedoch vorrangig auf Aspekte der Medialisierung von Politik insgesamt und nur in wenigen Fällen auch auf die Analyse aktuell zirkulierender Bildikonen als Projektionsfläche für Wunschvorstellungen und Identifikationsangebote.

Der vorliegende Band wählt eine andere Perspektive. Er nimmt die von Politik und anderen Formen öffentlicher Kommunikation in Umlauf gesetzten Bilder zum Ausgangspunkt der Analyse und geht – anhand konkreter Beispiele und deren historischer sowie aktueller Verweiszusammenhänge – der Bedeutung der Visualisierung von Politik nach. Den Ausgangspunkt der Analysen bildet ein Überblick über sozial-, kommunikations- und vor allem kulturwissenschaftliche Ansätze und Methoden der Bildanalyse. Diese Ansätze werden an Visualisierungsstrategien der aktuellen

¹ Im Folgenden wird die Schreibweise EUropa bzw. EUropäisch – in Anlehnung an die gebräuchliche Kennzeichnung der EU – dazu benutzt, um alle jene Textstellen, die sich auf die Europäische Union beziehen, von den Referenzen auf Europa im Allgemeinen oder in einem anderen Sinn zu unterscheiden.

EUropäischen Politik auf ihre Anwendbarkeit für eine Analyse politischer Bilder hin erprobt und anhand der Referenz visueller Motive zu politischen Themenfeldern dargestellt.

EUropäische Politik erscheint auch wegen des allseits konstatierten Defizits einer Visualisierung EUropas als besonders geeignetes Feld für die Weiterentwicklung von Konzepten und Fragestellungen der politischen Bildanalyse – steht doch dem vielfach thematisierten Imagedefizit der EU eine sprichwörtliche ›Flut‹ von Bildern, die EUropäische Politik illustrieren sollen, gegenüber.

Der Band ist vor diesem Hintergrund auf den transdisziplinären Themenschwerpunkt der politischen Kommunikation sowie auf die sozial- bzw. politikwissenschaftliche Methodenlehre ausgerichtet und soll einen aktuellen Beitrag zur Erschließung des Bereichs der Bildanalyse für Sozialwissenschaftler/innen leisten. In der Politikwissenschaft war die Beschäftigung mit der visuellen politischen Kommunikation lange ein Randphänomen. Nach wie vor hat sie trotz einiger weniger Grundlagenwerke (vgl. etwa Dörner 2001, Drexel 2005, Meyer/Kampmann 1998, Müller 2003, Öhner et al. 2005, Sarcinelli 1998) keinen übergreifenden Ansatz zur Analyse visueller Politik entwickelt. Eine Spezialisierung auf die EUropapolitische Ebene wurde trotz zunehmender Bedeutung der EU bisher nicht ausreichend geleistet. Ein einführendes Werk für die Analyse politischer EUropabilder und visueller EUropapolitik fehlt bislang: *EUropäische Bildpolitiken* versteht sich als ein Schritt in diese Richtung.

Durch die Analyse von anschaulichem, zum Teil farbigem Bildmaterial aus ausgewählten Themenbereichen aktueller EU-Politik und aus historischen Kontexten soll deutlich werden, dass aktuell kursierende politische Bilder nicht nur im Kontext anderer zeitgenössischer Bilder zu deuten sind, sondern auch in einem Verweiszusammenhang mit jeweils vorhergegangenen, in einem europäischen Bildgedächtnis archivierten Bildern – hier so genannten *Vorbildern* – ›gelesen‹ werden können.

Der Materialkorpus, aus dem die im Folgenden analysierten Bilder und Symbole stammen, kann zum einen durch einen Fokus auf die EUropapolitische Ebene (EU-Beitrittskampagnen, Wahlen zum Europäischen Parlament, Ratspräsidentenschaften, Verfassungsdiskussion, Selbstdarstellung der EU und ihrer Institutionen) charakterisiert werden. Zum anderen speist er sich vorrangig aus Materialien der politischen Werbung in ihren vielfältigen Erscheinungsformen. Plakate, Poster, Flyer, E-Cards und Internetpräsentationen werden herangezogen und mit ausgewählten Bildmotiven der *Vorbilder*, auf die sie jeweils verweisen, in einen Interpretationszusammenhang gestellt.

Erwähnung muss in diesem Zusammenhang auch die flüchtige Präsenz politischer Bilder im öffentlichen Raum finden – trotz vereinzelter Anstrengungen zu deren Archivierung (vgl. Drechsel 2005 und 2006).² Politische Institutionen und Akteure/Akteurinnen selbst dokumentieren und archivieren ihre visuelle Selbstdarstellung nur lückenhaft: Deren Wiedergabe weist deshalb, aufgrund mangelnder Qualität der verfügbaren Bilder, auch in diesem Band mitunter Mängel auf.

Damit scheint die Absicht einer fortlaufenden Korrektur des eigenen Images verbunden: So finden sich etwa im Audiovisuellen Archiv der EU-Kommission keine Spuren der Aufnahmen von der feierlichen Ratifizierung des EU-Verfassungsentwurfs in Rom durch den Europäischen Rat mehr seit dem Beschluss des Vertrags von Lissabon. Derartige Image-Korrekturen durch das Verbannen von Bildern aus dem öffentlichen Raum lassen jene allorts in der politischen Öffentlichkeit geübten Bekenntnisse, die mit dem Adjektiv ›historisch‹ beginnen, fragwürdig erscheinen und behindern nicht bloß die öffentliche Reflexion politischer Entwicklungen, sondern vielmehr noch die Selbstreflexivität der Politik.

Die Idee zu diesem Buch entstand aus dem Projekt ›Public Construction of Europe‹, das im Rahmen des Forschungsschwerpunkts ›New Orientations for Democracy in Europe/NODE‹ durchgeführt wurde. Unser Dank gilt daher der Abteilung Gesellschaftsbezogene Forschung des Österreichischen Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, allen voran Martina Hartl und Else Rieger, die den Projektschwerpunkt betreut haben. Herzlich danken möchten wir auch Peter Stachel für seine Anregungen bei der Fertigstellung des Manuskripts, dem Wiener Universitätsverlag facultas.wuv, insbesondere Sabine Kruse und Sandra Illibauer-Aichinger, für die Unterstützung und Kooperation, die die Entstehung des Bandes ermöglicht hat, und Martin Tiefenthaler für Layout und grafische Gestaltung.

*Petra Bernhardt/Leila Hadj-Abdou/Karin Liebhart/Andreas Pribersky
Wien, August 2008*

² Vgl. etwa <http://ec.europa.eu/avservices/download/>; <http://brandsoftheworld.com>; <http://www.archive.org/web/web.php>; <http://www.europarchive.org/>; <http://www.onb.at/>; <http://www.fes.de/archiv/spiegelung/default.htm>; <http://www.bildarchivaustria.at>; http://www.mydoox.com/q,archive_internet.

Die Frage der *Sichtbarkeit* von Politik und ihrer Repräsentanten und Repräsentantinnen gilt – außer für geheim gehaltene Bereiche – insbesondere im so genannten massenmedialen Zeitalter als zentrales Anliegen. Den im Feld des Politischen Tätigen ebenso wie jenen, die ihr Handeln beobachten, kommentieren und analysieren, erscheint ein Mangel an Wahrnehmbarkeit jenem an Wirksamkeit gleichzukommen, und somit ihre politische Existenz in Frage zu stellen. Als (An)Forderung einer ›massenmedialen Präsenz‹ von Politik ist dieser Umstand Allgemeingut, wobei häufig nicht mitgedacht wird, dass die elektronischen, aber auch die Printmedien Bildmedien sind.

Wenn Politik aber *gesehen* werden muss, um wirksam zu werden bzw. öffentliches *Ansehen* zu erringen, sollte die Frage nach dem, was wir von Politik zu sehen bekommen, sich geradezu aufdrängen. Politische Bilder müssten demnach zentrale Elemente in der öffentlichen Diskussion ebenso wie in der Analyse des politischen Feldes sein. Dass die (Re)Präsentation politischer Bilder, besonders der Ritualformen der zeitgenössischen Demokratie, dennoch kaum ins explizite Bewusstsein der Betrachter/innen dringt bzw. deren ungeteilte Aufmerksamkeit findet, mag auch an ihrer Gleichförmigkeit liegen. Die ständige Wiederholung von Bildern einer im Grunde beschränkten protokollarischen Formensprache – Begrüßung und ›Empfang‹, Sitzung, (Gipfel)Gespräch, Pressekonferenz, Verabschiedung, ergänzt durch ebenso formalisierte Begegnungen mit ›der‹ Bevölkerung –, in deren Kontext Akteure und Akteurinnen sowie Schauplätze beinahe austauschbar erscheinen, legt eine nachlässige Betrachtung nahe. Diese wird meist nur von Ausbrüchen aus politischen Alltagsbildern, wie Protest und Gewalt, unterbrochen.

Derartige Nachlässigkeit übersieht aber eine wesentliche Funktion, die Bildern jedenfalls seit der Entwicklung der fotografischen Reproduktionstechniken beige-

messen wird – den von Roland Barthes (1980) so genannten ›Realitätseffekt‹. Fotografische Aufnahmen ebenso wie in deren Folge TV- oder Videoaufzeichnungen von (politischen) Ereignissen dienen nicht nur der Vermittlung, sie verbürgen vor allem auch die Authentizität des Ereignisses bzw. seiner Präsentation. Mit fotografischen Repräsentations-Techniken wurde vom Beginn ihrer Entwicklung an die Erwartung einer ›objektiven‹ Wiedergabe verbunden, ein Anspruch, der nicht zuletzt auch Begriffe bzw. Entwicklungen wie die einer ›dokumentarischen Fotografie‹ und in der Folge des ›Dokumentarfilms‹ geprägt haben.

Die Erwartung, die mit diesen Herstellungs- und Vervielfältigungstechniken an die Bild-Präsentation geknüpft wird, ist die eines höheren Grades an Authentizität bzw. verbürgter Wahrhaftigkeit, als sie dem Text alleine zugestanden wird. Fotografische und filmische Repräsentationen können den Status eines Dokuments erlangen, ohne den dafür etwa in der Geschichtsschreibung oder im Verwaltungsprozess vorgesehenen Regeln zu unterliegen. Der Fotografie kommt vom Beginn ihres Einsatzes in der (politischen) Presseberichterstattung an eine dokumentarische Funktion zu, aufgrund derer fotografische und andere Bild-Dokumente auch einen Platz als zeitgeschichtliche Quellen einnehmen: Die Annahme einer getreuen Wiedergabe von Wirklichkeit bleibt teils unhinterfragt (vgl. Burke 2003, 23 f.).

Der mediale Einsatz der Fotografie in der politischen Berichterstattung und vergleichbaren Feldern der Repräsentation (dies gilt in der Folge auch für den Dokumentarfilm und die Präsentationstechniken der elektronischen Massenmedien, wie zunächst des Fernsehens) bedeutet damit eine grundlegende Veränderung im Verhältnis von Text und Bild in der Darstellung von Ereignissen und Personen des öffentlichen Lebens. Bilder dienen aufgrund ihres ›Realitätseffekts‹ nicht mehr bloß der Illustration eines Textes, mit der Verbreitung der Pressefotografie erhalten sie eine dem Text gleichrangige Bedeutung (vgl. Barthes 1980). In vielen Beispielen ihres medialen Gebrauchs sind es die Bilder, die nicht bloß den Blick der Rezipienten und Rezipientinnen als so genannte *eye catcher* auf sich ziehen, sondern den Rahmen, also den Erwartungshorizont bzw. Kontext für die (Be)Deutung der damit verbundenen Texte vorgeben.

Damit dieser *Bedeutungstransfer* medialer Bilder und ihre Deutung auch ohne vermittelnde Texte funktionieren, bedarf es offenbar kultureller und/oder sozialer Konventionen, die Betrachtern und Betrachterinnen der Bilder erlauben, das Gesehene zu decodieren – vielfach auch ohne größere Umwege oder Anstrengungen. Diese Annahme, ohne die eine oftmals beiläufige Wahrnehmung von Abbildungen im öffentlichen Raum (Plakate, TV, Werbung etc.) nur schwer nachzuvollziehen wäre, führt zu der eines *Bildgedächtnisses*, das die (politische) Ikonografie oder Ikonologie zum Ausgangspunkt ihrer Bildanalysetechniken und -methoden nimmt. Bilder können nicht allein in ihrem Verhältnis zu den damit verbundenen Texten decodiert werden, sie verweisen zugleich auch auf andere Bilder. In Bezug auf diese *Vorbilder* werden sie entworfen und können auch entsprechend gedeutet werden (vgl. Warnke 1994).

Am deutlichsten wird dieser ›unvermittelte‹ Zugang an mehr oder weniger rasch decodierbaren/decodierten Bildern, so genannten *Schlagbildern*³, die einen Teil der zeitgenössischen Kommunikation, insbesondere der kommerziellen, aber auch der politischen Werbung ausmachen. Wie schon die Formulierung des Begriffs nahelegt, sollen damit jene im öffentlichen Raum ›ausgestellten‹ Bilder bezeichnet werden, die den ›[Gedächtnis]Bildern im Kopf, den imaginierten und virtuellen Bildern [...] dicht auf den Fersen‹ sind (Diers 1997, 9) und deren Deutung sich den Betrachtern und Betrachterinnen wie mit einem Schlag erschließt. Aktuelle Werbestrategien mit dem Ziel eines ›spontanen‹ (Wieder)Erkennens von Produkten im Sinne des Branding versuchen sich dieses ›Kurzschlusses‹ zu bedienen, der das ausgestellte Bild mit einem erinnerten unmittelbar zur Deckung bringt.

Schlagbilder erfassen freilich nicht den gesamten Bereich der Politischen Ikonografie. Vor allem die Repräsentation politischer Macht- und Herrschaftsansprüche sowie entsprechender Institutionen oder Personen tendiert schon aufgrund ihres Anspruchs auf Dauer dazu, etwas an unvermittelter Verständlichkeit zugunsten symbolisch verbürgter Traditionen aufzugeben (vgl. Burke 2003, 68 ff.). Die Darstellungen und Bilder politischer Macht vertrauen für ihre (Wieder)Erkennbarkeit auf – nur wenig variierte – Traditionen politischer Repräsentation, also auf eingeführte Rituale, wie sie Regierenden, Diplomatie und Verwaltung seit Jahrhunderten zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhang gewinnen die oben angesprochenen ›Sehgewohnheiten‹, welche die Wahrnehmung ritualisierter Elemente der Politik prägen, einen ihnen eigentümlichen Bedeutungszusammenhang: Dieser versichert die Betrachter/innen als Bürger/innen der Kontinuität und Stabilität ihrer politischen Repräsentation, und damit eines Teils ihrer Lebenszusammenhänge – ebenso, wie dies Sehgewohnheiten in anderen, alltäglichen Lebensvollzügen zu leisten vermögen (vgl. Gombrich 1979).

Die Wahrnehmbarkeit dessen, was wir von Politik zu sehen bekommen, fällt deshalb nicht mit ›objektiven‹ Abbildungen von Ereignissen oder Personen zusammen, sie erfordert den Bezug auf ein weiteres, quasi verborgenes Referenzsystem der Bilder (vgl. Burke 2003, 24), das den Blick auf jene Regeln freigibt, die Bilder bzw. Bildfolgen in unserer unmittelbaren Ansicht strukturieren. Sichtbar werden politische Bilder in diesem Sinne erst infolge einer Rekonstruktion, die jene der Gestaltung des wahrgenommenen Bildes inhärenten Perspektiven oder Regeln ebenso wie deren Kontext dem Blick der Betrachter/innen vermittelt.

Als Gestaltung dürfen in diesem Zusammenhang nicht bloß Entwurf und Umsetzung eines sozusagen ›virtuellen‹ Bildes aus dem imaginären Auge der jeweiligen Gestalter/innen verstanden werden, wie sie künstlerischen Bildtechniken und deren Verstehen unterlegt werden. In seiner Auseinandersetzung mit der Pressefotografie hat Roland Barthes (1980) an einer Reihe weltberühmter Pressefotos mit Nachdruck gerade auf die Rolle eines ›zufälligen Zusammentreffens von Gegenständen‹

³ Zur Definition und Funktionsweise von *Schlagbildern* vgl. S. 39 f. im vorliegenden Band.

in einem Bild für dessen Wirksamkeit hingewiesen – etwa beim Zusammentreffen von Soldaten und Nonnen in einer Reportage über den Bürgerkrieg in Nicaragua (siehe Abb. 1).



Abb.1: Nicaragua. Die Armee patrouilliert in den Straßen, 1979.

Gerade auch d(ies)er offenkundige ›Schnappschuss‹ vermag – in Barthes' Bildbeispiel als Gegensatz von Krieg und Frieden – in der Präsentation politischer Zusammenhänge offenbar jenen *Bedeutungspunkt* bzw. -*akzent* unvermittelt zu setzen, der die Berichterstattung zu einem Thema über das Bildmedium kontextualisiert.

Politische Pressefotos und folgende Bildberichtstechniken (er)fordern deshalb laut Barthes (1980) ebenso eine *Lektüre* wie die Texte, die sie begleiten: Die Bilder müssen *gelesen* werden und werden dies auch in dem Maße, in dem sie für die Rezipienten und Rezipientinnen decodierbar bzw. (re)kontextualisierbar sind.

Unter zeitweiliger Vernachlässigung der Frage, inwieweit die Decodierung d(ies)er Bilder dem Prozess der Lektüre, also des Lesens von Texten im wörtlichen Sinn entspricht oder eigenen, genuinen Regeln der visuellen Wahrnehmung, wie sie die (politische) Ikonografie zu rekonstruieren versucht, soll hier an eine weitere Beobachtung Barthes' angeknüpft werden. Diese schien bereits Walter Benjamin (1968) in seiner Analyse des Kunstwerks ›im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit‹ von zentraler Bedeutung: Beide konstatieren einen Sturz der bis zum Einsatz der Fotografie wirksamen ›Herrschaft‹ des Textes über das Bild in der Repräsentation von (politischer) Öffentlichkeit, den auch das obige Bildbeispiel exemplarisch belegt. Barthes und Benjamin knüpfen daran die Frage nach den Strukturen der visuellen Repräsentation dieser Öffentlichkeit unter derart veränderten Bedingungen ihrer Wahrnehmung. Dieser Frage geht auch der vorliegende Band im Bereich der Europäischen Politik und ihrer Repräsentationen nach.

1.1 Iconic turn in den Politikwissenschaften?

Vergegenwärtigt man sich die zeitliche Distanz zu dem oben angesprochenen theoretisch-methodischen Ausgangspunkt Benjamins und zur Entwicklung der ikonografischen Analysen in der Zwischenkriegszeit oder selbst zu den Barth'schen Interpretationsansätzen der 1970er- und frühen 1980er-Jahre, liegt die Vermutung nahe, dass zwischen der Formulierung der Frage nach der Bedeutung und Wirkung moderner Bildkommunikation und dem Versuch, diese Frage für das Untersuchungsfeld der visuellen Politik weiterzuentwickeln, ganze Bibliotheken von einschlägigen Publikationen zu durchmessen sein müssten. Demgegenüber erscheinen die vorliegenden Untersuchungen, deren Entwicklung im Folgenden skizziert wird, überschaubar und auch gut dokumentiert. Nachgegangen werden soll hier – als Referenzrahmen für diesen Band – deshalb nicht bloß den theoretischen und methodischen Ansätzen zu einer politischen Bildanalyse. Anhand ihrer Entwicklung drängt sich auch die Frage auf, weshalb in den Politikwissenschaften von einer bildanalytischen Perspektive als Fehlstelle bei der Untersuchung unterschiedlicher Politikfelder – zum Beispiel von Wahlkämpfen oder politischen Images – zwar häufig die Rede ist, jedoch auf einen Iconic turn der Disziplin, wie er etwa für die Kulturwissenschaften mit einiger Berechtigung angenommen wird, bislang nur wenig hindeutet: ›Einigkeit besteht in der Politischen Wissenschaft offenbar nur darin, daß es sich bei den visuellen Erscheinungsformen politischen Willens um einen eher suspekten, irrationalen, sinnlich gesteuerten und deshalb unkontrollierbaren Impuls handelt, der eigentlich im politischen Geschäft nichts zu suchen habe, weil sinnliche Erkenntnis nicht wahrheitsfähig ist. Wenn die Meinung darüber eine andere wäre, dann hätte die Politische Wissenschaft diese Phänomene nicht ignoriert‹ (Warnke 1994, 177). Dass diese über ein Jahrzehnt zurückliegende Feststellung des Kunsthistorikers Martin Warnke – der mit einigem Recht als ein Begründer der Politischen Ikonografie bezeichnet werden kann – auch heute noch Gültigkeit besitzt, soll der folgende Überblick über den aktuellen Diskussionsstand, vor allem über die methodische Grenzziehung der Politologie gegenüber bild- und kulturwissenschaftlichen Ansätzen, zeigen.

Im deutschen Sprachraum ist erst vor einigen Jahren ein Sammelband erschienen, der versucht, die Politikwissenschaften in eine kulturwissenschaftliche Perspektive zu stellen: In *Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft* (Schwelling 2004) wird die Diskussion einer ganzen Reihe von Fragestellungen und Methoden der vergangenen Jahrzehnte kulturwissenschaftlicher Entwicklung aufgegriffen, die für politikwissenschaftliche Themen und Untersuchungsfelder von Relevanz sind bzw. zu deren Weiterentwicklung beitragen könnten – darunter das Feld der ›Visualisierungen‹ von Politik (ebd., 309–372). Der Überblick, den der Band vermittelt, spannt darüber hinaus einen Bogen potenzieller Untersuchungsfelder für den Rückgriff auf kulturwissenschaftliche Ansätze in der Politikwissenschaft, der sich von der

Diskursanalyse über Symbole, politische Identität und Politische Kultur erstreckt. Die breit gefächerte Auswahl rührt auch daher, dass der in der programmatischen Absicht zusammengestellte Überblick, einen Cultural turn auch in den Politikwissenschaften einzuleiten, einen im Vergleich zu anderen Disziplinen nachholenden Versuch darstellt. Der Blick von innen auf die diesbezüglichen Entwicklungen des Faches führt auch heute zu einem vergleichbaren Urteil wie Warnkes oben zitiertem: ›Verglichen mit Fächern wie beispielsweise der Geschichtswissenschaft oder der Soziologie, reagierte die deutschsprachige Politikwissenschaft eher zögerlich auf den skizzierten Trend‹ (Schwelling 2004, 11) in Richtung kulturwissenschaftlicher, inklusive bildanalytischer Ansätze.

Das Forschungsfeld der Politischen Kultur⁴ – mittlerweile allgemein als ein genuin politikwissenschaftliches Themenfeld akzeptiert – eignet sich aufgrund seiner Entwicklung seit den späten 1950er-Jahren als integraler Teil von Politikwissenschaft vermutlich am besten, um Muster dieser ›zögerlichen‹ Rezeption zu verdeutlichen. Damit können vielleicht auch jene Aspekte eines politologischen Kulturbegriffs hervorgehoben werden, aufgrund derer kulturwissenschaftliche Ansätze bislang eher als Randerscheinungen der Disziplin auftreten (vgl. etwa Horak/Spitaler 2002, Rossade et al. 2002) – und das nicht nur im deutschen Sprachraum. Ausgehend von der Frage, was in der Politikwissenschaft unter (Politischer) Kultur verstanden wird, kann auch der aktuelle disziplinäre Diskussionsstand über die Bedeutung und Funktion, die visueller Politik beigemessen wird, genauer verortet werden.

Im Rahmen dieser Untersuchung von Bildpolitiken soll freilich kein Versuch einer zusammenfassenden Diskussion der Politischen Kulturforschung unternommen werden. Dieser scheint auch nicht notwendig: Die von Gabriel A. Almond und Sydney Verba (1963, 1989) formulierten Grundlagen der Politischen Kultur(Forschung), die aktuellen Untersuchungen nach wie vor als Referenzrahmen dienen, waren bereits wiederholt einer umfassenden kritischen Diskussion ausgesetzt.⁵ Einen zentralen Stellenwert in diesen Versuchen einer ›Revision‹ der Politischen Kulturforschung nimmt dabei zweifellos der politikwissenschaftliche Versuch ein, dieses Forschungsfeld zu restrukturieren: In ihrer *Cultural Theory* (1990) haben Michael Thompson, Robert Ellis und Aaron Wildavsky über eine kritische Neudeutung der Ergebnisse der Studien von Almond und Verba hinaus auch den zugrunde liegenden Kulturbegriff eingehend diskutiert. Für die folgende politologische Auseinandersetzung mit kulturwissenschaftlichen Ansätzen erscheinen zumindest zwei der dabei entwickelten Kritikpunkte an der Begrifflichkeit der Politischen Kultur bemerkens-

⁴ Schwelling (2004, 11) weist ebenfalls darauf hin, dass die ›Politische Kulturforschung‹ als ›Einstellungsforschung‹ bzw. Meinungsforschung anderen Kulturbegriffen sozusagen im Wege steht.

⁵ Postmoderne Politische Kultur: Gibbins, John R. (ed.) (1989): *Contemporary Political Culture. Politics in a Postmodern Age*. London (Gibbins, John R.: Introduction, 1–30) sowie Inglehart, Ronald (2000): *Culture and Democracy*. In: Harrison, Lawrence E./Huntington, Samuel P. (eds.): *Culture Matters. How Values Shape Human Progress*. New York, 80–97.

wert: zum einen die Kritik an Almond/Verba's Annahme relativ stabiler Merkmale, die eine im Wesentlichen national bestimmte Kulturgruppe charakterisieren und von anderen Nationen unterscheiden sollen, zum anderen die Kritik an der adäquaten Repräsentation dieser Merkmale in den explizit geäußerten Einstellungen und Meinungen ihrer Träger/innen.

Diese in mittlerweile fragwürdig gewordenen anthropologischen Theorien fundierten Grundannahmen (vgl. Edgerton 2000) schließen eine Reihe von Phänomenen aus, die in kulturwissenschaftlichen Analysen einen zentralen Stellenwert einnehmen (können): unter anderem Ambivalenz (anstelle von Eindeutigkeit) bzw. mehrfache Konnotation kultureller Zugehörigkeiten und Bedeutungen (diesem entspricht im Feld des Visuellen die Polysemie, die Mehrdeutigkeit von Bildern) oder auch die Widersprüchlichkeit und Kontextabhängigkeit von Einstellungen. Für die Bildanalyse von besonderer Bedeutung ist nicht zuletzt die explizite Zuweisung eines untergeordneten Stellenwertes materieller Repräsentationen von Kultur und damit aller Bildformen gegenüber verbalen Äußerungen.

In den Publikationen des US-Politologen Aaron Wildavsky (vgl. etwa 1994) wird diese Perspektive in einer durchgehenden Kritik an einem die Politikwissenschaft dominierenden Rational Choice Modell in Frage gestellt. Wildavskys Arbeiten seit den 1980er-Jahren stellen wohl den im Fach meistbeachteten Versuch dar, die impliziten Annahmen der Politikwissenschaft über Kultur einer interdisziplinären, kritischen Diskussion zu unterziehen: Im politikwissenschaftlichen Erkenntnismodell werden laut Wildavsky politische Entscheidungs- und Wahlprozesse in der Regel auf Beweggründe zurückführt, die als rationale Entscheidungen zumindest rekonstruierbar sind. In diesem Modell werden politische Entwicklungen als schlüssige Folge von relativ konstanten Interessenlagen, Überzeugungen (»Werthaltungen«) und daraus resultierenden Einstellungen ihrer Träger/innengruppen dargestellt. Als Konsequenz dieser Perspektive, die bestehende Rahmenbedingungen auch auf zukünftige Tendenzen projiziert, werden Momente eines politischen Paradigmenwechsels in der Regel »übersehen«. Wildavsky beschrieb diese Momente zusammen mit der Anthropologin Mary Douglas (1983) am Beispiel des Entstehens der Umweltpolitik als neuem Politikfeld. Der deutsche Politologe Klaus von Beyme (1994, 328f.) hielt aus einer ähnlichen Perspektive der Osteuropaforschung das Nichtvorhersehen des Systemwechsels von 1989 und von dessen Folgen vor.

Wildavskys Kritik blieb für die weitere Entwicklung insbesondere der deutschsprachigen Politischen Kulturforschung lange Zeit mehr oder weniger folgenlos. Erst in der aktuellen Diskussion wurde erneut der Versuch unternommen, einen kulturwissenschaftlichen Zugang zum politischen Feld zu definieren: Auch der methodische Ansatz des vorliegenden Bandes ist daran, und nicht an der »traditionellen« Politischen Kulturforschung orientiert, also an konkreten Problemstellungen, die mit kulturwissenschaftlichen Kategorien analysiert werden (vgl. Schwelling 2004, 22).

Das von Wildavsky rekonstruierte »rationale« Paradigma, in dessen oft unausgesprochenem Rahmen Politikwissenschaft betrieben wird, vermag auch eine

plausible Erklärung für die Vermeidung jener wissenschaftlichen turns bereitzustellen, die dem Iconic turn vorausgingen. Bereits der Linguistic turn der 1960er- und 1970er-Jahre, der die Übernahme und Weiterentwicklung sprachwissenschaftlicher Methoden in den Sozial- und Kulturwissenschaften bezeichnete, scheint aufgrund des Infragestellens der ›Eindimensionalität‹, in der politische Texte in der politikwissenschaftlichen Analyse größtenteils repräsentiert, das heißt einfach wörtlich genommen werden, mit einer prominenten Ausnahme wenig Beachtung gefunden zu haben: In seiner Studie über *Politik als Ritual* (1990), deren amerikanische Ausgabe bereits 1976 erschien, versuchte der US-Politikwissenschaftler Murray Edelman politische Rollenbilder (etwa Regierung und Opposition) und Kontexte (wie Bürokratie, politische Versammlung, Debatte etc.) über die dafür charakteristischen ›Sprachspiele‹ zu rekonstruieren. Seine daraus entwickelte These, politischer Erfolg sei überwiegend von der Darstellung, und nicht so sehr vom Inhalt der politischen Botschaften abhängig, kann als stehende Redewendung in zahllosen politischen wie politologischen Analysen nachgelesen werden – allerdings ›befreit‹ von ihrem methodologischen Hintergrund. Folgerichtig wird ein sprachanalytischer Ansatz zur Untersuchung politischer Texte bei Schwelling (2004) in seiner Weiterentwicklung zur Diskursanalyse erneut als potenzielle methodische Innovation vorgestellt.

Bereits Edelman eröffnete auch die Perspektive eines möglichen Cultural turn für die Politikwissenschaft: im zitierten Band durch den zentralen Stellenwert, den er einer symbolischen (Repräsentation von) Politik zuschreibt, und mehr noch in seinem nachfolgenden Buch *The Political Spectacle* (1988), das die Inszenierung von Politik als Zentrum politischer Prozesse darstellt. Mit diesen Arbeiten kann Edelman vermutlich als der einzige politikwissenschaftliche Repräsentant eines Übergangs vom Linguistic turn zu dem in den 1980er-Jahren folgenden Cultural turn gelten, der zunächst im Wesentlichen als daran anknüpfender Interpretative turn entworfen wurde: als Modell einer Lesbarkeit von kulturellen Phänomenen als Text (vgl. Bachmann-Medick 2006, 349), wie sie auch in den eingangs skizzierten Arbeiten Roland Barthes' konzipiert wurde. Es erscheint aufgrund der Vernachlässigung der Edelman'schen Methode – ebenso wie vergleichbarer Ansätze aus der Soziolinguistik oder der soziologischen Sprachanalyse – nur schlüssig, dass auch dieser turn in der Politikwissenschaft keine ›Wurzeln schlagen‹ konnte.

Von dem als Gegenbewegung zu einer von decodierbaren Zeichen dominierten Welt interpretierbaren Iconic turn (vgl. ebd., 350) hat die Politikwissenschaft daher ebenso wenig Notiz genommen. Die Wende von der Fokussierung auf die Textualität von Kultur zur Wahrnehmung ihrer Bildhaftigkeit als Gegenstand der Analyse wie als Mittel der Erkenntnis hat in dieser Disziplin kaum Spuren hinterlassen. Insbesondere die Annahme einer eigenständigen Kommunikationsstruktur mittels Bilder – obwohl im Alltag etwa in der Benutzung internationaler Flughäfen ebenso wie der elektronischen Massenmedien erlebbar – steht in direkter Opposition nicht allein zu den ausformulierten Grundlagen Politischer Kultur, sondern insgesamt zu dem oft bloß mitüberlieferten Paradigma der Rationalität politischer Prozesse.